

# Die zwei Flügel der nationalistischen Rechten

Joachim Becker

Die nationalistische Rechte hat in den letzten Jahren deutlichen Zuwachs erfahren. Einerseits ist die WählerInnenschaft der traditionellen nationalistischen Rechtsparteien gewachsen, andererseits haben sich einige christdemokratische Parteien zunehmend an nationalistische Positionen angenähert. Die nationalistische Rechte ist vielgestaltig. Konzeptionell speist sie sich aus zwei Hauptquellen: dem Neoliberalismus und dem Nationalkonservatismus. Entsprechend lassen sich unterschiedliche programmatische Konturen erkennen, die auch bei der Regierungspraxis nationalistischer Rechtsparteien ihren Niederschlag finden. Die Akzentsetzungen eher auf neoliberalen bzw. eher auf nationalkonservativen Elementen hängen mit der Stellung des jeweiligen Landes in der europäischen Arbeitsteilung und hieraus politisch abgeleiteten ökonomischen Strategien zusammen.

Dieser Beitrag analysiert vergleichend die Regierungspraxis eher neoliberaler und nationalkonservativer nationalistischer Rechtsparteien im Kontext der jeweiligen Stellung in der europäischen Arbeitsteilung. Hierfür werden zunächst Kernelemente des Neoliberalismus und Nationalkonservatismus herausgearbeitet, die der Klassifikation der nationalistischen Rechtsparteien zugrunde liegen.

## Quellen des Rechtsnationalismus: Neoliberalismus und Nationalkonservatismus

Der Neoliberalismus hat als dominante, äußerst unternehmerfreundliche Doktrin nicht nur die Christ- und Sozialdemokratie durchdrungen, sondern ist auch für große Teile der nationalistischen Rechten der zentrale konzeptionelle Bezugspunkt. Daher seien hier einige Kernpunkte skizziert und mit nationalkonservativen Positionen verglichen:

*Das Staatsprojekt:* Neoliberale Theoretiker der Gründergeneration, einschließlich der ordoliberalen Sub-Schule, ließen in ihren Werken Konzeptionen einer „begrenzten Demokratie“ (Supiot 2015: 263) in beiden von Norberto Bobbio (1988: 9f., 19f.) als relevant eingestuft Dimensionen erkennen: wer an demokratischen Entscheidungen beteiligt ist und welche Bereiche überhaupt demokratischer Entscheidungsfindung unterliegen. Friedrich A. Hayek sah ein grundlegendes Spannungsfeld zwischen der von ihm als fundamental bewerteten wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit und demokratischen Entscheidungsprozessen, da letztere zu wirtschaftliche Dispositionsfreiheiten beschränkenden Prioritätensetzungen kommen könnten (Hayek 1983: 125ff.). Von daher ließ Hayek (ebd.: 128) Präferenzen für ein eingeschränktes Wahlrecht erkennen. Deutliche Parlamentarismus-Skepsis findet sich auch bei Alexander Rüstow. Im Hinblick auf die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit warf er diesen vor, „zu parlamentarischen Agenturen wirtschaftlicher Interessengruppen“ mutiert zu sein (Rüstow 2001: 132). Besonders scharf wandte er sich jedoch gegen den „Monopolismus von Gewerkschaften“ (ebd.: 135).

Die politische Konsequenz einer solchen Sicht auf den Staat sind einerseits eine fixe Regelbindung, die „keine diskretionären Spielräume für einen potenziellen politischen Mißbrauch“ lässt (Maier-Rigaud/Maier-Rigaud 2001: 254), andererseits die Forcierungen „unabhängiger“, keiner demokratischen Kontrolle unterliegender Regulierungsagenturen, aber auch Zentralbanken. Eine solche Staatskonzeption läuft auf die Ermächtigung technokratischer Strukturen und eine Marginalisierung parlamentarischer Instanzen bzw. demokratisch kontrollierter Staatsapparate hinaus.

In der zeitgenössischen nationalkonservativen Staatsdebatte lassen sich deutlich andere Akzente erkennen. Hier geht es nicht wie im Neoliberalismus um vordergründige De-Politisierung, sondern um Re-Politisierung. Das wird beispielsweise im Denken des konservativen polnischen Intellektuellen und heutigen Europaabgeordneten von Prawo i Sprawiedliwość (PiS), Zdzisław Krasnodębski, deutlich. So merkt er in seinem Buch *Demokracja peryferii* mit Bezug auf die polnische Debatte kritisch an, es sei eher die „Freiheit als der Willen der Mehrheit“ unterstrichen worden (Krasnodębski 2003: 54). In konservativer Manier bezieht er sich mit der Kritik an der angeblich exzessiven Freiheitsorientierung darauf, dass die Wünsche einer katholischen Mehrheit in eine andere Richtung gingen. Mit der Betonung des Mehrheitswillens als einem politischen Leitaspekt nimmt Krasnodębski eine explizite Gegenposition zu neoliberalen Theoretikern wie Hayek ein.

Als Alternative zu neoliberalen Staatskonzeptionen schlägt Krasnodębski (ebd.: 296ff.) ein Anknüpfen an republikanische Staats- und Demokratiekonzeptionen vor. Krasnodębski schwebt so etwas wie ein nationaler Republikanismus vor (ebd.: 18, 298f.), der eine Delegitimierung „nicht-nationaler“ politischer, aber auch zivilgesellschaftlicher Kräfte ermöglicht. Teile der nationalkonservativen Rechten sehen ein „nationales“ Wahlmandat als ein praktisch unbegrenztes Mandat zur Durchsetzung des nationalen Mehrheitswillens (Bekmen 2014: 73, Bucholc/Komornik 2016: 86f.). In der Abkehr von liberalen Demokratievorstellungen steht zum Teil auch die Gewaltenteilung zur Disposition. So reitet beispielsweise der polnische Philosophie-Professor Ryszard Legutko, der für PiS bereits zahlreiche hohe Ämter wahrgenommen hat und derzeit PiS-Europaabgeordneter ist, scharfe Attacken auf die liberale Justiz (Legutko 2012: 265f.). Wie bei Legutko klingt auch bei Krasnodębski (2003: 126ff.) eine Kritik an der starken Orientierung des Liberalismus auf die prozedurale Seite der Demokratie und der Tendenz zur Verrechtlichung an. Die demokratiepolitisch problematische Seite nationalkonservativer Positionen liegt mithin in der Begrenzung des Feldes legitimer politischer und gesellschaftlicher Akteure und der Bewertung eines Wahlsiegs nationaler Kräfte als ein unbegrenztes Mandat.

*Wirtschaftspolitische Vorstellungen:* Im Vordergrund der neoliberalen Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik stehen wirtschaftliche Dispositionsfreiheit und Wettbewerb (z.B. Hayek 1983: 12ff., 37ff., 65ff.). Als Regulationsmedium privilegiert Hayek das Privatrecht gegenüber dem öffentlichen Recht. Und drei Grundregeln des Privatrechts – privates Eigentumsrecht, Vertragsfreiheit und zivilrechtliche Verantwortung – stehen dabei im Vordergrund (Supiot 2015: 279). Diskretionäre Fiskal-, Verteilungs- und Strukturpolitik sind verpönt. Mindestlöhne werden explizit abgelehnt, beispielsweise in aller Schärfe von Mises (2010: 63ff.). Um diskretionärer Wirtschaftspolitik einen Riegel vorzuschieben, plädieren Neoliberale für eine regelgebundene Wirtschaftspolitik. Die Regelbindung soll vor allem über quantitative Vorgaben laufen. Mithin vertreten neoliberale ÖkonomInnen eine spezifische, technokratisch angelegte Form staatlicher Regulierung.

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert waren die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des

Nationalkonservatismus stark mit der alten historischen Schule, die dem Staat durchaus eine aktive Rolle im Entwicklungsprozess zumaß, verbunden. Aktuelle Diskussionen, vor allem in Zentralosteuropa, beziehen sich auf heterodoxe bzw. am Rande des Mainstreams stehende entwicklungspolitische Konzepte, die für eine selektive Protektionspolitik und eine pro-aktive Rolle des Staates plädieren (Woźniak 2017: 57ff.). In der Akzentuierung pro-aktiver und verteilungspolitischer Elemente hebt sich die nationalkonservative wirtschaftspolitische Konzeption von den neoliberalen Konzepten ab.

*Vorstellungen zur Sozialstaatlichkeit:* Die neoliberalen Vorstellungen zur Sozialstaatlichkeit sind eine besonders restriktive Variante der liberalen Sozialstaatlichkeit. Die soziale Absicherung soll in einem möglichst hohen Ausmaß kommodifiziert und kommerzialisiert werden. Staatliche Sozialleistungen stellen nur ein Residuum dar, das vor allem für die ärmsten Bevölkerungsgruppen gedacht ist. Dementsprechend sollen sich staatliche Sozialleistungen auf niedrigem Niveau bewegen. Der Zugang zu staatlichen Sozialleistungen ist restriktiv konzipiert. Daher zeichnet sich ein derartiges System durch eine starke Klassenspaltung aus (Esping-Andersen 1990: 26f.). Implizit hat dieser Zugang auch einen Geschlechterbias. Aufgrund des dürftigen öffentlichen Angebots werden viele Sorgeleistungen auf die Familie und damit faktisch auf Frauen abgewälzt.

Die nationalkonservativen Vorstellungen zur Sozialpolitik stehen in der Tradition der konservativen Sozialstaatlichkeit, die ihre konzeptionellen Wurzeln in der deutschen Historischen Schule hat. Institutionell stehen die Sozialversicherungen im Zentrum der konservativen Sozialstaatlichkeit. Die nationalkonservative Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, soziale Spannungen abzumildern. Hierbei ist die Sozialpolitik, besonders erkennbar im Bereich der Pensionsversicherung, darauf ausgerichtet, Einkommens- und Statusunterschiede festzuschreiben. Auch auf eine Zementierung der überkommenen Geschlechterrollen mit einer Zentrierung der Erwerbstätigkeit auf die Männer ist die nationalkonservative Sozialstaatlichkeit ausgerichtet. Diese sowie die Ablehnung von Gleichstellungspolitiken und sozialen Rechten gehören zu den Kernelementen der Programmatik nationalkonservativer und offen rechtsextremer Kräfte (Mayer/Sauer 2017).

*Nationalismuskonzepte:* Der klassische protektionistisch ausgerichtete Wirtschaftsnationalismus stieß bei den Klassikern des Neoliberalismus auf Ablehnung. Mises (2010: 69ff.) etwa kritisierte protektionistischen Wirtschaftsnationalismus als konflikt- und monopolfördernd wie auch als effizienzmindernd. Die von den Neoliberalen bevorzugte Variante der Freihandelspolitik (und des freien internationalen Kapitalverkehrs) kann allerdings für in der internationalen Ökonomie dominante Ökonomien durchaus für „nationale“ Wirtschaftsinteressen eingespannt werden und insofern eine verdeckte offensive Form des Wirtschaftsnationalismus darstellen. Bei Hayek gibt es allerdings für neoliberale NationalistInnen über dessen evolutorisches Projekt „historischer Gemeinschaften“ eine Brücke für anti-migrantische Positionierungen (Schui/Blankenburg 2002: 168ff.).

Im Gegensatz dazu ist der nationalkonservative Nationalismus primär ein protektionistischer Wirtschaftsnationalismus. Historisch sind solche Vorstellungen in erster Linie im Kontext nachholender Entwicklung und in der (Semi-)Peripherie entstanden. Teilweise werden sie auch in niedergehenden Zentrumsländern aufgegriffen (Komlosy 2017: 26ff.). Es ging dann vor allem um Schutzmechanismen, welche die Stärkung und Entwicklung eigener produktiver Sektoren ermöglichen sollten. Insofern kann man von einem defensiven Wirtschaftsnationalismus sprechen. In der derzeitigen europäischen, nationalkonser-

vativen Diskussion gibt es zwar Verweise auf „intelligenten Protektionismus“ (Woźniak 2017: 58), diese sind aber eher vage gehalten. Anti-migrantische Vorstellungen werden von Nationalkonservativen auch entwickelt und sind dann vor allem kulturalistisch unterlegt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich nationalkonservative Konzepte als eine rechte Alternative zum Neoliberalismus präsentieren: Re-Politisierung statt Technokratie und Entparlamentarisierung, aktive Wirtschaftspolitik statt regelgebundener Wirtschaftspolitik, Fokussierung auf die Sozialversicherungen statt Kommerzialisierung und staatlicher Minimalversorgung, Wirtschaftsnationalismus statt Freihandel.

Die neo-nationalistischen Rechtsparteien vertreten programmatisch und in ihrer Praxis diese Konzepte nicht in Reinform. Sie neigen eher der einen oder anderen Konzeption zu. Real lassen sich Mischungen beider Konzepte finden. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, ist hierbei auf der einen Seite bei neo-nationalistischen Parteien in den Zentrumsökonomien ein deutlicher neoliberaler Überhang festzustellen. Dies gilt auch für jene neo-nationalistischen Rechtskräfte in der Peripherie, die sich mit einer untergeordneten Stellung ihres Landes in der internationalen Arbeitsteilung abgefunden haben. Nationalkonservative Elemente spielen auf der anderen Seite bei neo-nationalistischen Parteien der industrialisierten europäischen Peripherie, die den Status quo (partiell) infrage stellen, wie auch in niedergehenden Ökonomien des Zentrums wie Italien und Frankreich eine Rolle.

### **Neo-Nationalismus im Zentrum: Neoliberale Dominanz**

In einigen europäischen Zentrumsländern nehmen neo-nationalistische Parteien in Regierungen eine dominante Stellung ein. Hier soll vor allem auf zwei Länder, Österreich und Belgien, Bezug genommen werden, die sich durch relativ enge ökonomische Verbindungen zu ihren großen Nachbarn (Deutschland, in Belgien auch Frankreich) und eine starke sozialpartnerschaftliche Tradition auszeichnen.

Im Fall Österreichs ist auffällig, dass die Neoliberalisierung und das Einschwenken auf neo-nationalistische Positionen in der derzeit größeren der beiden Regierungsparteien, der ÖVP, Hand in Hand gingen. Der wirtschaftspolitisch auf die Industriellenvereinigung (IV) und in der politischen Kampagnenpolitik neo-nationalistisch orientierte Flügel um Sebastian Kurz setzte nach dessen Übernahme des Parteivorsitzes eine neoliberale Parteireform durch. Der neue Parteivorsitzende reklamierte für sich ein starkes Durchgriffsrecht auf die KandidatInnenliste für die Nationalratswahlen. Hierdurch stärkte er einerseits seine eigene Position und vermochte ihm verpflichtete ParlamentarierInnen durchzusetzen und drängte andererseits sozioökonomisch definierte Bünde zurück. Dies bedeute auch parteiintern eine Schwächung sozialpartnerschaftlich orientierter Kräfte.<sup>1</sup> Gleichzeitig richtete Kurz die Partei verstärkt auf die Interessen großer Kapitalgruppen aus, die durch die IV repräsentiert sind. Zwischen der anti-sozialpartnerschaftlichen Parteiführung von Kurz und stärker auf sozialen Ausgleich und Sozialpartnerschaft orientierten Kräften in der ÖVP sind seit der Regierungsbildung mit der FPÖ Spannungen erkennbar (Puller in diesem Heft).

In die Regierung selbst berief Kurz kaum erfahrene ParteipolitikerInnen, sondern primär TechnokratInnen und ManagerInnen. Dies entspricht ebenfalls einem neoliberalen Politikverständnis. Durch die Ernennung von GeneralsekretärInnen mit weitreichenden Kompetenzen in den Ministerien akzentuierte er einerseits technokratische, außerhalb

der klassischen Bürokratie stehende Leitungsstrukturen und stärkte andererseits seine eigene Position. Die FPÖ hingegen besetzte Schlüsselpositionen klassisch mit ausgewiesenen ParteipolitikerInnen.

Parlament und Parlamentsdebatte werden durch die ÖVP-FPÖ-Regierung abgewertet. Dieses Vorgehen entspricht ebenso neoliberalen, technokratischen Vorstellungen (Redaktion Juridikum in diesem Heft), wie die auf eine Schwächung der Sozialpartnerschaft gerichtete Politik von Schwarz-Blau II (Stern/Hofmann in diesem Heft).

Die belgische Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) ist Teil einer Koalitionsregierung mit liberalen und christdemokratischen Parteien. Sie stellt zwar nicht den Premierminister, ist aber in der Regierung die tonangebende Kraft. Ähnlich wie die FPÖ hat die N-VA keine Verankerung in der Sozialpartnerschaft. Eng arbeitet sie mit einem flämischen, außerhalb der Sozialpartnerschaft stehenden Unternehmerverband, VOKA, zusammen. In ihrem Diskurs gibt sich die N-VA parteienkritisch und setzt sich für eine starke Rolle von TechnokratInnen an der Staatsspitze ein (Maly 2012: 523). Dieser Maxime ist sie auch in ihrer Regierungspraxis gefolgt. Gleichzeitig hat die Partei mit Bart de Wever einen profilierten politischen Führer, der allerdings als Bürgermeister von Antwerpen außerhalb der Regierungsverantwortung steht.

Fiskalpolitisch lassen die Regierungen mit rechtsnationalistischer Beteiligung in den Zentrumsländern eine Tendenz zu einer regressiven Steuerpolitik und einer restriktiven Ausgabenpolitik erkennen. Die ÖVP/FPÖ-Regierung nennt beispielsweise in neoliberaler Manier eine Ausgabenquote von 40% als Ziel. Gekürzt werden soll vor allem bei den Sozialausgaben (Brait/Kranawetter in diesem Heft).

Tatsächlich sind sowohl bei der ÖVP/FPÖ-Regierung als auch bei der belgischen Rechtsregierung, aber auch bei der finnischen Regierung unter Beteiligung der nationalistischen Rechten die strukturelle Veränderung der Arbeitsbeziehungen zuungunsten der ArbeitnehmerInnen und ein Abbau der Sozialstaatlichkeit als strategische Ziele erkennbar. Die beiden Ziele sind eng miteinander verbunden.

In Verfolgung einer neo-merkantilistischen Strategie ist die Flexibilisierung der Arbeitszeit nach oben – und damit die Erhöhung des absoluten Mehrwerts – ein zentrales Element. In Österreich hat sich Schwarz-Blau II die Flexibilisierung der Arbeitszeit in der besonders extremen Variante einer Ausdehnung der täglichen Maximalarbeitszeit auf zwölf Stunden und der maximalen Arbeitswoche auf 60 Stunden zu Eigen gemacht (Stern/Hofmann in diesem Heft). Nicht ganz so weit ging die belgische Regierung. Dort wurde die Obergrenze auf neun Stunden pro Tag und 45 Stunden in der Woche erhöht und gleichzeitig der Durchrechnungszeitraum verlängert. Auch hier war dies eine zentrale Forderung des N-VA-nahen Unternehmerverbandes VOKA (Becker/Smet i.E.).

In der Sozialpolitik geht es den Regierungen mit rechtsnationalistischer Regierungs-beteiligung einerseits um eine Reduktion der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung – und damit des Soziallohns – und andererseits um eine Prekarisierung der Lebenslage der abhängig Beschäftigten. Eine der budgetären Kürzungsprioritäten der österreichischen Rechtsregierung war gleich zu Beginn das Arbeitsmarktservice (AMS). Weiters ist ein drastischer Umbau der Arbeitslosenversicherung in Vorbereitung (Theurl in diesem Heft). In Belgien hatte bereits die Vorgängerregierung der jetzigen Rechtsregierung das Arbeitslosengeld degressiver gestaltet. Die jetzige Rechtsregierung hat die Schrauben für Arbeitslose in verschiedenen Bereichen noch weiter angezogen. Besonders markant sind die Verschärfungen für ältere Arbeitslose (über 50 Jahre) (Becker/Smet i.E.).

Beim Umbau der Sozialversicherungssysteme haben in Österreich offenbar die Kranken- und Unfallversicherung die höchste Priorität der Regierung, während die belgische Regierung vor allem bei den Pensionen Einschnitte vorgenommen hat.

In Österreich sind bei der Mindestsicherung generell schlecht gestellte Gruppen (beispielsweise Familien mit vielen Kindern) von Kürzungen besonders negativ betroffen (Loidl 2018b: 7), während die steuerlichen Begünstigungen der Familienpolitik eher besser Verdienenden zu Gute kommen (Disslbacher/Schultheiss in diesem Heft). Dieser verteilungspolitische Zuschnitt und die Stigmatisierung der Armen entsprechen neoliberalen Vorstellungen

Eine Besonderheit der ÖVP-FPÖ-Sozialpolitik ist die besonders scharf ausgeprägte nationalistische Exklusionspolitik im sozialpolitischen Bereich. Sie kommt sowohl bei speziellen Kürzungen der Mindestsicherung, die vielfach speziell auf MigrantInnen und Flüchtlinge zielen (Loidl 2018b), als auch in Form der Indexierung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten zum Ausdruck (Redaktion Juridikum in diesem Heft).

Wohlstandschauvinismus kommt auch in der EU-Politik der Kurz-Regierung zum Ausdruck (Soukup in diesem Heft). Sie gehört mit Dänemark, wo sich die Regierung auf eine Tolerierung einer rechtsnationalistischen Partei stützt, und den Niederlanden zu den heftigsten Gegnern einer Ausdehnung des EU-Finanzrahmens. Dieser Positionierung scheint die Regierung auch während ihrer EU-Präsidentschaft, bei der sie eigentlich eine vermittelnde Rolle zu spielen hätte, die Priorität einzuräumen<sup>ii</sup>. In einer restriktiven Budgetpolitik für die EU und der Ablehnung von ernsthaften stabilisierenden Transfers für die Eurozone sind sich die nationalistischen Rechtsparteien der Zentralländer einig.

### **Mischungen von Nationalkonservatismus und Neoliberalismus in der industrialisierten Semi-Peripherie**

Nationalkonservative Elemente spielen – gerade auch in der Wirtschaftspolitik – eine größere Rolle bei rechtsnationalistischen Parteien in der Semi-Peripherie. In Zentralosteuropa streben Parteien wie PiS und Fidesz eine Stärkung der Stellung des einheimischen Kapitals an, in Polen geht es zudem um eine Verbesserung der Stellung in der europäischen Arbeitsteilung. In Italien vertritt die Lega speziell die Interessen des mittleren und kleinen einheimischen Kapitals, und es geht ihr – programmatisch – um eine Umkehr des industriellen Niedergangs des Landes. Da die Regierung in Italien erst vor kurzem gebildet worden ist, soll der Akzent hier auf der Regierungspraxis von Fidesz und PiS liegen.

Den Kern des Staatsprojektes von Fidesz und PiS macht die strukturelle Stärkung des Einflusses der nationalkonservativen Kräfte auf den Staatsapparat aus. Als zentraler Träger des Nationalkonservatismus gelten ihnen die nationalkonservativen Parteien. Im Gegensatz zu Mairs Diagnose der Wandlung der westeuropäischen Parteiendemokratie (Mair 2013: 45ff.) setzen Fidesz und PiS auf eine Re-Politisierung der Politik, eine Schärfung des politischen Profils und eine politische Polarisierung ihrer Partei. In den langen Jahren der Opposition von 2002 bis 2010 baute Fidesz gezielt Organisation und Kampagnenfähigkeit der Partei aus und rief als zusätzliches Mobilisierungselement Bürgerkomitees ins Leben (Rajscányi 2015: 238). Nach dem Wahlsieg von 2010 funktionierte die straff organisierte Partei mit ihren Netzwerken als Transmissionsriemen der auf Viktor Orbán zentrierten Parteiführung (Magyar 2018: 68ff.). Auch PiS verfügt über eine straff geführte Organisa-

tion, obgleich sich die Partei pluralistischer darstellt. Aus Sicht des kritischen Soziologen Maciej Gdula (2018: 69) gelang es PiS, sich als eine Kraft politischer Korrekturen mit einer gesellschaftspolitischen Perspektive zu präsentieren und „eine neue Form politischer Subjektivität“ zu schaffen.

Beim Umbau des Staates hatte Fidesz aufgrund seiner Zweidrittelmehrheit im Parlament, die der Partei erlaubte, eine Verfassung nach eigenem Gutdünken zu schreiben, deutlich größere Gestaltungsspielräume als PiS. Beide Parteien haben in ihrem Staatsprojekt den Akzent darauf gelegt, die Kontrolle über zentrale Staatsapparate zu gewinnen. Hierbei war ihnen die Kontrolle über die Justiz und die Aufweichung der Gewaltenteilung besonders wichtig, um so potenzielle Korrekturen zumindest zu schwächen. Aber auch die Kontrolle über die Medien war zentral (Becker i.E.). Fidesz vermochte über Lizenzvergaben und parteinahe Oligarchen einen weitgehenden Einfluss auch auf private Medien zu gewinnen. Zudem hat die Partei eine explizit restriktive Gesetzgebung gegen missliebige NGOs verabschiedet, die – im Rahmen einer systematischen Kampagne – auf die Kriminalisierung bestimmter Unterstützungsformen für Flüchtlinge zielt und sich dabei äußerst vager Definitionen von Tatbeständen bedient (Bilková 2018: 18). Das legitime Feld politischer Kräfte suchen sowohl Fidesz als auch PiS auf „nationale“ Kräfte zu begrenzen. Das autoritäre Repertoire staatlicher Politik ist hierbei in Ungarn deutlich schärfer ausgeprägt als in Polen.

Die Fidesz-Regierung hat neo-korporatistische Vertretungsorgane mehrfach umgebaut und geschwächt und auch – bislang nicht besonders erfolgreich – versucht, Klientelbeziehungen mit spezifischen Gewerkschaften aufzubauen (Neumann i.E.). Die nationalkonservative Strömung in Polen, der PiS zuzurechnen ist, hat historische Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung. PiS hat die neo-korporatistischen Vertretungsorgane wiederbelebt. Der Umgang der Partei mit diesen Organen ist allerdings selektiv.

Im Kern der ökonomischen Projekte von Fidesz und PiS steht nicht die Veränderung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen Auslandskapital und einheimischem Kapital. Beide Regierungen sind bestrebt, die Position des einheimischen Kapitals zu stärken. Als besonders wichtig sehen sie hierbei eine Stärkung des einheimischen Kapitals im Bankensektor an, wo es auch bereits zu Veränderungen der Anteilsverhältnisse von Auslandskapital und einheimischem Kapital gekommen ist (Becker i.E.). Das geförderte einheimische Kapital ist in Ungarn eng an Fidesz gebunden, die Partei baut eine parteiabhängige Oligarchie auf (Magyar 2018: 107ff.). In Polen sind die Bindungen zwischen PiS und einheimischen Kapitalgruppen hingegen lockerer (ebd.: 402). Bei der Förderung einheimischen Kapitals konzentriert sich Fidesz auf geschützte Sektoren wie Bauwirtschaft oder Handel, während sie in der Exportindustrie auf Auslandsinvestitionen orientiert bleibt. Die Grundkonturen des Akkumulationsmodells will Fidesz nicht verändern. Für die PiS-Regierung schreibt sich die Stärkung des einheimischen Kapitals in ein breiteres Modell des Umbaus der Ökonomie, speziell der technologischen Grundlagen und Schaffung neuer Subsektoren, ein. Von den angekündigten Großprojekten ist allerdings bislang kaum etwas in die Realisierungsphase getreten (Borowski 2018: 7). Hierfür fehlt es an entwicklungsstaatlichen Kapazitäten. Allein in Einzelbereichen sind Schlüssel-firmen durch staatliche Intervention stabilisiert worden.

Fidesz hat Sektorsteuern erhoben, um transnationales Kapital gezielt zu belasten. Ansonsten ist die Steuerpolitik von Fidesz – Flat Tax bei der Einkommenssteuer und extrem niedrige Unternehmensbesteuerung – äußerst regressiv und als neoliberal einzustufen. PiS hat an der regressiven Steuerstruktur keine wesentlichen Korrekturen vorgenommen. Beide Parteien wollen verstärkte nationalstaatliche Spielräume in der EU, sehen aber

gleichzeitig den Binnenmarkt als EU-Kernprojekt, das durch gut dotierte Regional- und Kohäsionspolitik flankiert werden soll (Becker i.E.).

In den Arbeitsbeziehungen und der Sozialpolitik sind erhebliche Unterschiede zwischen der Fidesz- und PiS-Regierung zu erkennen. Die rechtliche Stellung der ungarischen ArbeitnehmerInnen ist verschlechtert worden. Die Fidesz-Regierung hat die Arbeitslosenunterstützung stark gekürzt und massiv auf restriktiv angelegte öffentliche Arbeitsprogramme gesetzt. Die Sozialhilfe ist ebenfalls gekürzt worden, Obdachlose werden kriminalisiert. Dies entspricht einer scharf neoliberalen Sozialpolitik. Allein die familienpolitischen Programme – mit einem Zuschnitt auf die Mittelschichten – wurden in nationalkonservativer Tradition ausgebaut (Szikra 2018). In Polen ist in nationalkonservativer Manier ebenfalls die Familienpolitik ausgebaut worden, hier aber unabhängig vom Einkommen der LeistungsbezieherInnen. Es wurde in Polen ein Mietwohnbauprogramm aufgelegt. Das Renteneintrittsalter wurde wieder abgesenkt, und es sind zumindest kleinere Maßnahmen zur Beschränkung der Prekarisierung der Arbeitskräfte ergriffen worden. Die Sozialpolitik von PiS ist eher nationalkonservativen Zuschnitts. Die sozialpolitische Stützung der Maseneinkommen kommt im stärker binnenorientierten Akkumulationsregime Polens auch stärker der Konjunktur zugute als im stärker exportorientierten Ungarn. Insgesamt sind die nationalkonservativen Züge in der PiS-Politik, die dem Umbau der Wirtschaft einen stärkeren Stellenwert einräumt, deutlicher ausgeprägt als bei der Fidesz-Politik.

## Schlussfolgerungen

In den Zentrumsländern sind die neoliberalen Züge in der Politik der rechtsnationalistischen Parteien dominant. Im Kern sowohl des ÖVP-FPÖ-Projektes wie auch der N-VA-Politik stehen die strukturelle Verschiebung der Kräfteverhältnisse von Kapital und Arbeit zugunsten der Kapitaleseite und eine Schwächung der Sozialstaatlichkeit. Hierdurch soll die Exportfähigkeit im Rahmen einer neo-merkantilistischen Politik erhöht werden. Die Entrechtung von ArbeitnehmerInnen suchen die rechtsnationalistischen Parteien durch ihre symbolische Anrufung als Angehörige der Nation – ÖsterreicherInnen, FlämInnen etc. – zu kompensieren. Der Sparzwang wird als unabweisbar hingestellt – und als flankierende Politik eine exkludierende Sozialpolitik angeboten, die vor allem Flüchtlinge, MigrantInnen und andere besonders verwundbare Gruppen trifft. Diese werden auch oft stigmatisiert. Die Verbindung von neoliberaler Grundorientierung und nationalistisch exkludierender Sozialpolitik ist bei der ÖVP-FPÖ-Regierung besonders scharf ausgeprägt. Sie ist in der EU in dieser Hinsicht als Vorreiterin zu sehen. Entsprechend dieser Grundausrichtung ist das Staatsprojekt rechtsnationalistischer Parteien im Zentrum auf einen Abbau neo-korporatistischer Strukturen und speziell der Einflusskanäle von ArbeitnehmerInnenvertretungen zugeschnitten. Der Einfluss von Exekutivstrukturen und TechnokratInnen wird gestärkt. Dies bedeutet im Gegenzug die Schwächung demokratischer Mechanismen.

Im Projekt von Fidesz und PiS steht hingegen eher die Stärkung des einheimischen Kapitals im Vordergrund. Hierbei geht es Fidesz allein um eine Veränderung der Balance zwischen einheimischem und ausländischem Kapital im Rahmen des bestehenden Akkumulationsmodells, während PiS auch die Konturen des Akkumulationsmodells verändern will. Die nationalkonservativen Elemente des ökonomischen und politischen Projektes sind bei PiS stärker ausgeprägt als bei Fidesz, wo in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

deutliche neoliberale Akzente zu sehen sind. Das Staatsprojekt ist bei PiS wie bei Fidesz nationalkonservativ geprägt. Ein Ausbau der Kontrolle der nationalkonservativen Regierungspartei macht den Kern des staatlichen Umbauprojektes aus. Die Aushöhlung der Gewaltenteilung ist ein wichtiger Bestandteil dieses Projektes. Diese nationalkonservativen Staatsprojekte haben einige traditionell autoritäre Züge. Diese sind bei Fidesz stärker als bei PiS ausgeprägt. PiS hingegen macht sozialpolitisch größeren Bevölkerungsgruppen materielle Angebote. Insofern hat die PiS-Politik einen stärker hegemonial ausgerichteten Charakter.

## Anmerkungen

- i Der Triumph des „Donaumessias“. In: *Junge Welt*, 21./22.10.2017, 12–13.
- ii Neuer EU-Haushalt erst nach der Europawahl. In: *Frankfurter Allgemeine*, 7.7.18, 122.

## Literatur

- Becker, Joachim (2018): Schwarz-blaues Regieren II: Orbánisierung in Rot-Weiß-Rot? In: *Kurswechsel* 2 (2018), 102–112.
- Becker, Joachim (i.E.): Die Visegrád-4 und die EU. Zwischen Abhängigkeit und partieller Dissidenz. In: *Prokla* 48 (3).
- Becker, Joachim/Smet, Koen (i.E.): Belgien: Die Nieuw-Vlaams Alliantie (N-VA) und die Regierung Michel. In: Becker, Joachim (Hg.): *Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 179, AK Wien.
- Bekmen, Ahmet (2014): State and Capital in Turkey during the Neoliberal Era. In: Akça, İsmet/Bekmen, Ahmet/Özden, Barış Alp (Hg.): *Turkey Reframed. Constituting Neoliberal Hegemony*. London: Pluto Press, 47–74.
- Bílková, Veronika (2018): Proč vadí tažení maďarské vlády Stop Soros? In: *Právo* 12.7., 18.
- Bobbio, Norberto (1988): *Die Zukunft der Demokratie*. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Borowski, Marek (2018): Księżycowe wizje Morawieckiego. In: *Polityka* 26, 7.
- Bucholc, Marta/Komornik, Maciej (2016): Die PiS und die Macht. Verfassungskrise und polnische Rechtskultur. In: *Osteuropa* 66 (1–2), 79–93.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- ETUI (2016): Labour Market Reforms in Finland: background summary. [www.etui.org/Reform-Watch/Finland/labour-market-reform-in-Finland-background-summary](http://www.etui.org/Reform-Watch/Finland/labour-market-reform-in-Finland-background-summary), 11.08.2017.
- Gdula, Maciej (2018): *Nowy autorytaryzm*. Warschau: Wydawnictwo Krytyki Politycznej.
- Hayek, Friedrich A. (1983): *Verfassung der Freiheit*. Tübingen: C.B. Mohr.
- Komlosy, Andrea (2017): Karneval der Geopolitik. Das Zentrum verordnet sich Protektion. In: *Kurswechsel* 3 (2017), 26–36.
- Krasnodębski, Zdzisław (2003): *Demokracja peryferii*. Gdańsk: Slowo/Obraz/Terytoria.
- Magyar, Bálint (2018): *Węgry. Anatomia państwa mafijnego. Czy taka przyszłość czeka Polskę?* Warschau: Magam.
- Maier-Rigaud, Frank P./Maier-Rigaud, Gerhard (2001): Das neoliberale Projekt. In: Rüstow, Alexander: *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus/Maier-Rigaud, Frank P./Maier-Rigaud, Gerhard: Das neoliberale Projekt*. Marburg: Metropolis, 202–306.
- Mair, Peter (2013): *Ruling the Void. The Hollowing Out of Western Democracy*. London/New York: Verso Books.

- Maly, Ico (2012): *N-VA. Analyse van een politieke ideologie*. Berchem: EPO.
- Mayer, Stefanie/Sauer, Birgit (2017): *Kulturkampf 2.0. „Anti-Genderismus“ als Strategie gegen Gleichstellung und soziale Kräfte*. In: Candeias, Mario/Demirović, Alex (Hg.): *Europe – what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 211–228.
- Mises, Ludwig von (2010): *Omnipotent Government. The Rise of the Total State and Total War*. Auburn: Yale University Press.
- Neumann, László (i.E.): *Die ungarischen Arbeitsbeziehungen seit 2010*. In: Becker, Joachim (Hg.): *Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 179*, AK Wien.
- Rajcsányi, Gellért (2015): *Intellectual Background: „The Democratic Transition Is in Progress as We Speak“*. Interview with András Láncki and Gyula Tellér by Gellért Rajcsányi. In: O'Sullivan, John/Pócsa, Kálmán (Hg.): *The Second Term of Viktor Orbán. Beyond Prejudice and Enthusiasm*. London/Budapest: Social Affairs Unit London, 234–252.
- Rüstow, Alexander (2001): *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*. 3., überarbeitete Auflage. In: Rüstow, Alexander: *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus/Maier-Rigaud, Frank/Maier-Rigaud, Gerhard: Das neoliberale Projekt*. Marburg: Metropolis, 19–200.
- Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie (2002): *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*. Hamburg: VSA Verlag.
- Supiot, Alail (2015): *La gouvernance par les nombres. Cours au Collège de France (2012–2014)*. Paris: Fayard.
- Szikra, Dorottya (2018): *Welfare for the Wealthy. The Social Policy of the Orbán Regime*. Friedrich Ebert Stiftung Budapest Analysis. Budapest. <https://library.fes.de/pdf-files/Budapest/14209.pdf>, 25.05.2018.
- Woźniak, Michał Gabriel (2017): *Od kseromodernizacji do odpowiedzialnego rozwoju*. In: Woźniak, Michał Gabriel (Hg.): *Gospodarska Polski 1990-2017. Kręte ścieżki rozwoju*. Warschau: Wydawnictwo Naukowe PWN SA, 13–61.